

Pressemitteilung, 18. Dezember 2015

Wohnraum in Hessen - Zur Räumung des letzte Woche in Frankfurt von der Initiative *project shelter* besetzten Hauses und fehlendem sozialverträglichem Wohnraum in Hessen

Der hessische Flüchtlingsrat nimmt die vor einer Woche stattgefundenen Hausbesetzung der Initiative *project shelter* und die unmittelbar darauf erfolgte polizeiliche Räumung in Frankfurt zum Anlass, sich mit den Forderungen der Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer zu solidarisieren und auf die Notwendigkeit eines massiven sozialverträglichem Wohnungsbauprogrammes aufmerksam zu machen.

Die Initiative *project shelter* setzt sich seit einem Jahr unermüdlich für die Schaffung eines selbstverwalteten, migrantischen Zentrums in Frankfurt ein. Auf verschiedensten Wegen versuchten sie ihr Ziel zu erreichen und somit obdachlosen Migrant_innen ein Dach über dem Kopf zu schaffen: Sie richteten eine Petition an die Stadt, organisierten Demonstrationen und errichteten ein Protestcamp. Hierbei bekamen sie auch von Oberbürgermeister Feldmann Unterstützung zugesagt. Doch nachdem das vorherige Vorgehen bisher Ergebnislos war und die Temperaturen bereits seit Wochen z.T. unter dem Gefrierpunkt liegen, besetzten sie letzte Woche ein seit langem leerstehendes Haus, welches die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG allerdings fast unverzüglich räumen ließ. In diesem Kontext unterstützt der Hessische Flüchtlingsrat auch die gestern vom *project shelter* geschaltete Petition.

Notwendig sind diese Bemühungen vor allem, da Geflüchtete mit einem Aufenthaltstitel in einem anderen europäischen Staat in Deutschland keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben. So ist lebt derzeit eine Vielzahl von Migrant_innen bei Minustemperaturen auf den Straßen von Frankfurt, die von der Stadt zynischer weise lediglich die B-Ebene der U-Bahnstation Hauptwache als Übernachtungsmöglichkeit angeboten bekommen. „Mit dem 'shelter' hätten wir endlich die Chance auf ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben, die Möglichkeit, uns eine Existenz aufzubauen“, wird eine migrantische Aktivistin in der letztwöchigen Pressemitteilung der Initiative *project shelter* zitiert.

Fehlender sozialverträglicher Wohnraum in Hessen

„Die katastrophale Situation von obdachlosen Menschen mit einem Aufenthaltsstatus in einem anderen EU-Land stellt jedoch leider nur den Gipfel der schlechten Unterbringungssituation von Geflüchteten Menschen in Hessen dar“, stellt Fritz Rickert vom Hessischen Flüchtlingsrat klar. In ganz Hessen sind Menschen gezwungen in Turnhallen und Zelten zu leben. Auch die Unterbringung in anderen Unterkünften ist häufig menschenunwürdig und extrem belastend. Diese Probleme der Unterbringung wurden von Land und Kommunen jedoch zum Teil selbst geschaffen. „In vielen Städten und Gemeinden in Hessen herrscht schließlich bereits seit Jahren ein akuter Wohnraummangel“, so Fritz Rickert vom Hessischen Flüchtlingsrat. Zugleich wurde lange Zeit sozialverträglicher Wohnraum in Hessen stark reduziert. „Allein zwischen 2002 bis 2013 sank die Anzahl der Wohnungen der sozialen Wohnraumförderung von 157.793 auf 115.325“, so Rickert weiter. Hier gilt es nach Meinung des Hessischen Flüchtlingsrates dringendst gegen zu steuern und menschenwürdigen Wohnraum für alle Menschen in Hessen zu schaffen.

Auch in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden Menschen sprechen viele Vorteile für einen nachhaltige sozialverträglichen Wohnungsbau

Statt viel und langfristig häufig sogar mehr Geld für Container- und Modulbauten mit fragwürdigen städtebaulichen Ergebnissen auszugeben, spricht sich der Hessische Flüchtlingsrat dafür aus, nachhaltig in langfristig nutzbare Wohngebäude zu investieren, in welchen sowohl geflüchtete Personen als auch andere Menschen wohnen können. „Es bedarf eines neuen und umfassenden Konzepts von sozialverträglichem Wohnungsbaus in Hessen“, so Deborah Jungbluth, Vorstandmitglied des Hessischen Flüchtlingsrates. „Exklusion und Stigmatisierung durch Lagerunterbringung würde hierdurch effektiv begegnet. Rassistische Tendenzen, die durch die Konkurrenzsituation von Geflüchteten gegenüber anderen wohnraumsuchenden Menschen geschürt werden, könnten zurückgedrängt und die Integration von in Hessen schutzsuchenden Menschen zugleich wesentlich unterstützt werden“, fügt Jungbluth hinzu. Einen weiteren Vorteil sieht der Hessische Flüchtlingsrat auch in der flexibleren Nutzung von sozialverträglichem Wohnungsbau, mit der in Zukunft leichter auch auf schwankende Asylzahlen reagiert werden könnte.

Das das Thema fehlender Wohnraum nicht nur Menschen in Frankfurt, sondern auch in vielen anderen Städten akut ist und Menschen auf die Straße treibt, zeigt sich nicht zuletzt auch an der letzten Samstag in Kassel stattfindende Demonstration [„Wohnraum statt Leerstand - Bündnis für dezentrales Wohnen für Geflüchtete und sozialen Wohnungsbau“](#).

- Die gestern geschaltete Petition von project shelter ist unter folgendem Link zu finden: <https://www.openpetition.de/petition/online/wir-fordern-die-sofortige-bereitstellung-eines-hauses-fuer-project-shelter>